

II— 848 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 481/11

1976 -06- 11

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr.ERMACORA, Dr.BLENK
und Genossen

an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend die Neuordnung des juristischen Studiums

Wie allseits bekannt, beruht die Ausbildung der österreichischen Juristen auf einer Grundlage, die im wesentlichen noch auf das Jahr 1872 zurückgeht. In der XIII.GP. wurde eine neue juristische Studienordnung als Regierungsvorlage endlich dem Parlament zugeleitet. Aus zeitlichen und sachlichen Gründen konnte sie nicht zu Ende beraten werden. Seither hat die Regierung keine neue Regierungsvorlage eingebracht, obwohl die Neuordnung des juristischen Studiums und seine Anpassung an das allgemeine Hochschulstudien-gesetz 1966 dringend erforderlich ist. Eine Neuordnung der juristischen Studien, wie sie in der Regierungsvorlage 1304 d.B., Stenographisches Protokoll, XIII.GP., vorgesehen ist, würde erhebliche Veränderungen im organisatorischen Aufbau der juristischen Fakultäten, aber auch der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten mit sich bringen. Die bisherige Konstituierung von Organen nach dem UOG müßte bei einer neuen juristischen Studienordnung im Bereich der rechtswissenschaftlichen Fakultäten neu durchgeführt werden.

Die oben bezeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

A n f r a g e :

1. Wann wird die seit Jahren überfällige Neuordnung des rechtswissenschaftlichen Studiums als Regierungsvorlage dem Parlament zugeleitet werden?
2. Welche Schwierigkeiten haben sich seit dem Ende der XIII.GP. ergeben, daß eine entsprechende Regierungsvorlage noch immer nicht eingebracht wurde?
3. Welche Änderungen in einer neuen Regierungsvorlage einer juristischen Studienordnung gegenüber jener der XIII.GP. sind zu erwarten?
4. Wurden in der Zeit seit Ende der XIII.GP. Gespräche über eine allfällige Neufassung einer Regierungsvorlage betreffend Juristengesetz mit anderen Bundesministern und den Berufsvertretungen der Rechtsanwälte, Richter und Notare geführt?
5. Was ist das Ergebnis dieser Gespräche?